

LANDESPARTEITAG
AFD BAYERN
AM 22.10.2022

Hiermit lädt Sie der Landesvorstand zum kommenden Landesparteitag am 22.10.2022 ab 10 Uhr ins Hippodrom, Industriestraße 18, 91171 Greding ein.

Einlass ab 08:30 Uhr / Beginn 10:00 Uhr

I. TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- (1) Grußwort des Landesvorsitzenden und Eröffnung des Parteitags
- (2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung
- (3) Wahl des Versammlungsleiters und der stellvertretenden Versammlungsleiter
- (4) Wahl der Protokollführer
- (5) Wahl des Wahlleiters, des stellvertretenden Wahlleiters, der Zählkommission, der Antragskommission und der Mandatsprüfungskommission
- (6) Feststellung der Zahl der anwesenden Mitglieder
- (7) Beratung und Beschluss der Tagesordnung
- (8) Grußworte von Maximilian Krauss Fraktionsobmann der FPÖ Wien
- (9) Tätigkeitsbericht des Landesvorstands, finanzieller Tätigkeitsbericht und Aussprache
- (10) Wahl der Rechnungsprüfer (mind. 2)
- (11) Anträge zu Satzung, Ordnungen und sonstigen Themen
- (12) Singen des Bayernlieds und der Nationalhymne und Beendigung des Parteitags

alle fristgerecht eingereichten Anträge zum Landesparteitag finden Sie unter <https://www.afdbayern.de/landesparteitag-2022/>

TOP 1: Anträge zur Bayerischen Landessatzung

1. Standort der zentralen Landesgeschäftsstelle

Antragsteller:

Bezirksverband Oberbayern

Kreisverband Amberg-Neumarkt

Kreisverband Landsberg am Lech

Kreisverband Mühldorf am Inn

Kreisverband München-Süd

Kreisverband Pfaffenhofen

Kreisverband Dachau

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die zentrale Landesgeschäftsstelle des Landesverbands Bayern der AfD hat ihren Standort am Sitz des Landesverbandes nach § 1 Abs. 2 Landessatzung in München.
2. Sofern der Umsetzung der Regelung in Ziffer 1 schwerwiegende Gründe entgegenstehen, darf auf einen Standort im Landkreis München ausgewichen werden.
3. Die zentrale Landesgeschäftsstelle muss regelmäßige Öffnungszeiten anbieten.
4. Außenstellen der Landesgeschäftsstelle an anderen Standorten sind zulässig.

Begründung:

Der Landesvorstand ist ausgerechnet im Vorfeld der Landtagswahl dabei, die Landesgeschäftsstelle in die Räumlichkeiten des Lagers in Greding, 50 Kilometer südlich von Nürnberg, zu verlegen. Das wäre aus vielen Gründen ein schwerer politischer Fehler. Der Landesparteitag trifft daher eine verbindliche Festlegung. Schon die Satzung des AfD-Landesverbandes Bayern legt in § 1, Abs. 2 fest: „Der Landesverband hat seinen Sitz in München. Das Tätigkeitsgebiet entspricht dem Freistaat Bayern.“ Das gibt den Willen vieler Landesparteitage wieder, die die Satzung in der heutigen Form gestaltet haben. München ist Sitz des politischen Zentrums Bayerns und Verwaltungszentrum Bayerns; alle übrigen relevanten politischen Vereinigungen und zahlreiche Institutionen und Verbände haben ihren Sitz ebenfalls dort.

Eine Partei, die sich selbst als politische Kraft ernst nimmt, muss mit ihrer Geschäftsstelle am zentralen Ort präsent sein.

Die Erfahrungen vieler Betroffener (z.B. Abgeordnete auf der Suche nach Örtlichkeiten für Bürgerbüros) zeigen, dass die demokratische Offenheit der Gesellschaft für vom Mainstream abweichende Meinungen gerade in der Landeshauptstadt München stark unterentwickelt ist. Dies wirkt sich auch stark auf die Bereitschaft potenzieller Vermieter aus, AfD-Büros zuzulassen. Solange dies so

ist, müssen wir die Möglichkeit offenhalten, den Münchner Landkreis als Standort der Landesgeschäftsstelle zu nutzen.

Zur besseren Finanzierbarkeit der bestehenden Geschäftsstelle in Ottobrunn bzw. eigentlich Hohenbrunn-Riemerling liegen Möglichkeiten vor. So gibt es ein Angebot der Mitarbeiter zur Verringerung der Gehälter bei Erhaltung des bestehenden Standorts. Außerdem besteht die Bereitschaft örtlicher Parteigliederungen (Bezirksverband Oberbayern; Kreisverbände), sich gegen entsprechende Zusicherungen (z.B. Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten) an den Mietkosten zu beteiligen. Damit könnte praktisch die gesamte Mietkosten-Belastung des Landesverbandes für die Geschäftsstelle abgedeckt werden!

Natürlich bedeutet die schon mit der Satzung gewollte Festlegung für die zentrale Landesgeschäftsstelle nicht, dass der Landesverband nicht auch an anderen Orten präsent sein darf und soll.

Für die Glaubwürdigkeit einer politischen Partei, die auch die Sozialpolitik ernst nimmt, ist es auch wesentlich, dass sie ihre eigenen Mitarbeiter verantwortungsvoll behandelt. Integrität ist für uns ein wichtiger Maßstab. Auch das spricht gegen eine willkürliche Verlegung der Geschäftsstelle an einen Ort abseits aller Zentralität und ohne ordentlichen Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel.

2. Auflösung der Bezirksstruktur zum 31.12.2023

Antragsteller: Kreisvorstand Kulmbach

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der § 3 Landessatzung Abs. 1, Satz 1 {bisher „Der Landesverband gliedert sich in Bezirks-Kreis- und Ortverbände....“} wird, wie folgt geändert:

„Der Landesverband gliedert sich in Kreis- und Ortverbände“ (Gültig ab 01.01.2024).

In Folge dessen werden in der Landessatzung alle weiteren Festlegungen mit Einbezug der bisherigen Nennung der Bezirksstruktur berichtigt.

Begründung:

Fast ausschließliche Aufgabe der Bezirke und deren Vorstände ist die Vorbereitung und Durchführung von Aufstellungsversammlungen für den Bayr. Landtag, sowie Bezirkstag in den jeweiligen Bezirken. Dies geschieht i.d.R. jeweils nur alle 5 Jahre. Die Bezirke erhalten bisher zur Wahrnehmung dieser Aufgabe (weitere relevante gibt es nicht) LA o/o des, zur Verteilung dem Landesverband Bayern zukommenden Finanzaufkommens. Dieses Aufkommen sollte dem Landesverband, sowie den Kreisverbänden in gleichen Teilen für ihre Sacharbeit zufließen. Diese Strukturbereinigung folgt außerdem dem Grundsatz des Bürokratieabbaus und Abbaus unnötiger Strukturen, wie in unseren Parteiprogrammen postuliert. Die notwendige Durchführung der Listenaufstellungen kann ohne großen Aufwand vom Landesvorstand, z.B. mittels temporär kooptierter bzw. beauftragter Mitglieder organisiert und umgesetzt werden.

3. Linda Amon, Antrag 01

Hiermit beantrage ich, den § 19 der Landessatzung um nachfolgenden Absatz als Absatz 3 zu ergänzen bzw. neu aufzunehmen:

Die Zahl der Vorstands-Ämter, Mandate und Funktionen (Delegierter) muss eingeschränkt werden, um eine Machtkonzentration zu vermeiden. Deshalb darf die Summe der Ämter, Mandate und Funktionen, die jemand gleichzeitig innehat, fünf nicht überschreiten.

Sollte jemand, der bereits 5 Ämter und Mandate innehat, für ein weiteres kandidieren, muss ein anderes (Amt) dafür abgegeben werden. Erfolgt das nicht innerhalb von vier Wochen, gilt die letzte Wahl automatisch als nichtig.

Unterstützer:

Linda Amon, KV Starnberg, Mitglieds-Nr. 10573786

Dr. Wolfgang Dörner, KV Nürnberg, Mitglieds-Nr. 1761

Wilfried Biedermann, KV München-Ost, Mitglieds-Nr. 12972

Jürgen Beisler, KV München-Land, Mitglieds-Nr. 10612462

Dr. Rudolf Winter, Mitglieds-Nr. 10491

Andrea Landerer, KV Oberallgäu Kempten-Lindau, Mitglieds-Nr. 10621988

Dr. Jürgen Rössel, KV München-Süd, Mitglieds-Nr. 10638380

~~Rene Dierkes, KV München-Ost~~, per Mail gestrichen

Dr. Wolfgang Maison, KV Bad Tölz, Mitglieds-Nr. 10592329

Alexander Neumeyer, KV Starnberg, Mitglieds-Nr. 10595329

Susanne Neumeyer, KV Starnberg, Mitglieds-Nr. 10630682

Matthias Vogler, KV Nürnberg, Mitglieds-Nr. 10616700

Dr. Sabine Amon, KV Lauf-Roth, Mitglieds-Nr. 10655852

Hans-Dieter Huy, KV Starnberg, Mitglieds-Nr. 10665417

der KV AÖ stellt zum nächstmöglichen Landesparteitag folgenden Antrag:

4. Antrag zur Änderung der Satzung des Landesverbands der Alternative für Deutschland in Bayern (LS BY)

Beschlussvorlage: Die Satzung des Landesverbands der Alternative für Deutschland in Bayern (LS BY) wird in § 3 wie folgt geändert:

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Mehrere, aneinandergrenzende und zum gleichen unmittelbar übergeordneten Gebietsverband gehörende Kreisverbände können zusammengeführt werden, um zu gewährleisten, dass die Gebietsverbände nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Eine Neugliederung geschieht auf Beschluss von zwei Dritteln der Mitglieder der Kreisparteitage aller zusammenzuführenden Kreisverbände nach einer Aussprache über die Neugliederung. Der Vorstand des jeweils gleichen unmittelbar höheren Gebietsverband hat unverzüglich mit einer Ladungsfrist von drei Wochen zur Mitgliederversammlung einzuladen, auf der die Neuwahl der Vorstandsämter und Funktionen durchgeführt wird. Mit der Mitgliederversammlung wird die Zusammenführung wirksam.

Begründung:

Leider kommt es manchmal vor, dass kleinere Gebietsverbände inaktiv werden und die AfD in diesem Gebiet quasi nicht mehr vertreten ist. Nicht jede Ausgründung von Kreisverbänden ist erfolgreich. Oft gibt es dann den Wunsch nach Lösungen, beispielsweise einer „Fusionierung“ mit einem anderen Kreisverband. Dies ist jedoch im Moment juristisch sehr schwer umsetzbar: Zur Zusammenlegung von einem Kreisverband mit einem anderen wäre es aktuell nach herrschender Meinung notwendig, dass sich die beiden Gebietsverbände auflösen, damit überhaupt ein neuer Kreisverband gegründet werden kann. Dies würde eine 2/3-Mehrheit für die Auflösung des Verbandes in beiden Kreisverbänden auf einem Kreisparteitag benötigen und ist daher kaum umsetzbar. Es ist daher sinnvoll eine Lösung zu finden, die es in solchen Fällen juristisch vereinfacht, eine Zusammenlegung von Kreisverbänden durchzuführen. Dennoch ist es wichtig, dass alle Mitglieder ein ausreichendes Mitspracherecht haben, was durch den hier vorgelegten Vorschlag gewährleistet wird. Aus juristischen Gründen ist es natürlich auch hier notwendig, dass ein neuer Vorstand für den am Ende neu entstandenen Kreisverband gewählt wird. Mit der neu eingebrachten Lösung ist dies aber auch dieser Übergangsfall erfasst: Die Kreisverbände bleiben so lange in ihrer alten Zusammensetzung, bis der neue Kreisverband seine konstituierende Sitzung hat. So muss die Parteiarbeit nicht unterbrochen werden und es gibt zu keinem Zeitpunkt eine durch die Zusammenführung entstehende Beschlussunfähigkeit eines Gebietsverbands, was unter den jetzt herrschenden Voraussetzungen nicht möglich wäre. Der Vorschlag wird an einigen Stellen in Bayern dringend benötigt. Daher sollten wir diese Möglichkeit in unserer Satzung schaffen, um die AfD in ganz Bayern zu stärken und gerade schwächere Gebiete besser einzubinden.

Oliver Multusch, Mg.Nr: 10605479

Stellv. BV-Vorsitzender Obb., KVV-Mühlendorf, Kreis und Stadtrat Mühlendorf

Unterstützer:

Wolfgang Wiehle, BV-Vorsitzender Obb., MdL, Mg.Nr.10573868

Tatjana Zapp, Schriftführerin KV-Mühlendorf, Stadträtin Waldkraiburg, Mg.Nr.106544991

Isabella Bathen, Beisitzerin KV-Mühlendorf, Kreis u. Stadträtin Mühlendorf, Mg.Nr. 106437151

Walter Reiter, Beisitzer KV-Mühlendorf, Kreisrat Mg.Nr. 105942351

Andreas Wahrlich, Schatzmeister KV-Mühlendorf, Mg. Nr. 10675195

Richard Wagner, Beisitzer KV-Mühlendorf, Mg. Nr. 10662486

Oliver Krieg, Mg.Nr. 10647581

5. Antrag zur Änderung der Satzung des Landesverbands der Alternative für Deutschland in Bayern (LS BY)

Beschlussvorlage:

Die Satzung des Landesverbands der Alternative für Deutschland in Bayern (LS BY) wird in § 5 wie folgt geändert: In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt: „Er kann dem Landesvorstand Weisungen, auch in Bezug auf die Geschäftsführung erteilen.“

Begründung:

Der Landesparteitag ist das höchste Entscheidungsgremium des Landesverbands Bayern. Es ist daher wichtig klarzustellen, dass er auch das Recht hat, jede Entscheidung an sich zu ziehen. Warum ist das notwendig?

Beim vorletzten Bundesparteitag hat der Parteitag beschlossen, dass Herr Dr. Roland Hartwig wieder als Leiter der „Arbeitsgruppe Verfassungsschutz“ eingesetzt werden soll. Der Bundesvorstand hat diesen Beschluss jedoch ignoriert mit dem Argument, dass der Bundesparteitag keine Beschlüsse über die Geschäftsführung des Bundesvorstandes treffen kann. So etwas widerspricht vollumfänglich dem Geist der AfD und muss schon in der Theorie ausgeschlossen werden. Der Parteitag muss jederzeit in der Lage sein, Beschlüsse über alle relevant erscheinenden Themen zu fassen. Die Durchsetzung des demokratischen Willens des höchsten Gremiums der Partei muss gewährleistet werden. Daher halten wir die vorgelegte Klarstellung für unsere Satzung für wichtig.

Vorstand des KV- Altötting

Beschluß v. 06.10.2022 erging einstimmig

6. Antrag zur Änderung der Satzung des Landesverbands der Alternative für Deutschland in Bayern (LS BY) - betreffend Beschluss(un)fähigkeit von Gebietsverbänden

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle, Mitgl.-Nr. 10573868

Isabella Bathen, Mitgl.-Nr. 10643715

Marvin Haas, Mitgl.-Nr. 10662168

Werner Heim, Mitgl.-Nr. 10662240

Oliver Krieg, Mitgl.-Nr. 10647580

Claudia Marino, Mitgl.-Nr. 10576173

Oliver Multusch, Mitgl.-Nr. 10605479

Walter Reiter, Mitgl.-Nr. 10594235

Jörg Schäfer, Mitgl.-Nr. 10624314

Andreas Wahrlich, Mitgl.-Nr. 10675195

Tatjana Zapp, Mitgl.-Nr. 10654499

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Satzung des Landesverbands der Alternative für Deutschland in Bayern (LS BY) wird in § 12 Absatz 1 wie folgt geändert:

1. In Satz 2 wird der zweite Teilsatz ersetzt durch „müssen die unbesetzten Positionen auf der nächsten Mitgliederversammlung nachgewählt werden.“.
2. Nach Satz 2 werden folgende Sätze 3 bis 5 eingefügt: „Ist die Position des Schatzmeisters unbesetzt, führt dies zur Beschlussunfähigkeit, wenn kein stellvertretender Schatzmeister im Amt ist. Ist die Position des Vorstandsvorsitzenden unbesetzt, führt dies zur Beschlussunfähigkeit, wenn kein stellvertretender Vorsitzender im Amt ist. Besteht der Vorstand aus weniger als drei Personen, führt dies zur Beschlussunfähigkeit.“

Begründung:

Die bisherige Regelung zur Beschlussunfähigkeit der Gebietsverbände ist nur wenig sinnvoll. Sie schafft in der Praxis zumeist Probleme, die völlig unnötig sind. Oft wählen Gebietsverbände einen Vorstand, der deutlich größer ist als die Minimalzusammensetzung – bestehend aus einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister. Es werden häufig mehr Stellvertreter oder sogar ein stellvertretender Schatzmeister gewählt. Die Idee eines Stellvertreters ist, dass er den Verband in den ihm übertragenen Angelegenheiten weiterführen kann, wenn die eigentlich dafür vorgesehene Person ausfällt. Praktisch ist dies jedoch gar nicht möglich im Falle eines Schatzmeisters oder Vorstandsvorsitzenden. Wird diese Position im Laufe einer Wahlperiode unplanmäßig vakant, wird der Vorstand nach der bestehenden Satzungsregelung augenblicklich beschlussunfähig. Eine höhere Gliederungsebene muss dann erst diese Position durch Wahl neu besetzen lassen. Ein eventuell gewählter Stellvertreter findet dabei keine Beachtung. Dies sollte geändert werden. Gerade in Zeiten vieler Wahlkämpfe ist es wichtig, dass unsere Satzung die Gebietsverbände in solchen Situationen nicht einem beschlussunfähigen Vorstand überlässt, sondern Möglichkeiten

schaft, einen Vorstand länger beschlussfähig zu halten – z.B. durch bessere Einbeziehung der Stellvertreter. Dabei ist wichtig, dass der Vorstand nie mit weniger als drei Personen beschlussfähig ist und gewährleistet ist, dass der Gebietsverband in den sicherlich zentralsten Positionen so schnell wie möglich wieder besetzt wird. Genau dies kann der vorgetragene Änderungsvorschlag ermöglichen. Er ermöglicht es, die gewählten Vorstände besser zu integrieren, er ist eine wichtige Weiterentwicklung unserer Satzung. Daher bitten wir um Ihre Zustimmung zu dem Änderungsvorschlag in der oben vorgelegten Fassung.

7. Zusammensetzung Landes-, Bezirks-, Kreisvorstandschaft

Im Anhang ist die derzeitige Fassung des § 19 der Landessatzung und der Text der von uns beantragten Neufassung aufgeführt. Der Antrag entspricht im Wortlaut dem beim letzten Landesparteitag

gestellten Antrag.

Unterstützer:

Dr. Jürgen Rössel, Mitgl.-Nr.: 1063830

Dr. Rainer Rothfuß, Mitgl.-Nr.: 10644385,

Margit Kießling, Mitgl.-Nr.: 10652305,

Siegfried Ermer, Mitgl.-Nr.: 3751,

Christian Beßler, Mitgl.-Nr.: 10618336,

Wilfried Biedermann, Mitgl.-Nr.: 10618336,

Theo Taubmann, Mitgl.-Nr.: 10573761,

Linda Amon, Mitgl.-Nr.: 10573786,

Dr. Wolfgang Dörner, Mitgl.-Nr.: 1761,

~~René Dierkes~~, Mitgl.-Nr.: 10655775, zieht zurück

Michael Meister, Mitgl.-Nr.: 3614,

Dorothe Merlot, Mitgl.-Nr.: 7809,

Claudia Zeiler, Mitgl.-Nr.: 10569399,

~~Dr. Simon Kuchlbauer~~, zieht zurück. Ihm wurde der Antrag nicht komplett vorgelegt.

Ute Schmidt, Mitgl.-Nr.: 8551,

Manfred Schmidt, Mitgl.-Nr.: 12788

Derzeit:

§ 19 Zusammensetzung Landesvorstand

Beschäftigungsverhältnisse und Abhängigkeiten

(1) Ein Mitglied des Landesvorstandes darf weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten oder Fraktionen im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag, einer politischen Stiftung oder einem anderen stimmberechtigten Vorstandsmitglied stehen.

(2) Ein Abgeordneter im Bundestag, Landtag oder im Europaparlament und ein von ihm beschäftigtes Mitglied dürfen nicht gleichzeitig im Vorstand derselben Gliederung sein. Es gilt eine Übergangsfrist bis zu der Neuwahl des entsprechenden Gliederungsvorstands.

Neufassung:

§ 19 Zusammensetzung Landes-, Bezirks- und Kreisvorstand

Beschäftigungsverhältnisse und Abhängigkeiten

(1) Ein Mitglied des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und der Vorsitzende eines Kreisverbandes dürfen weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein.

Ein Mitglied des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und der Vorsitzende eines Kreisverbandes darf nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem anderen stimmberechtigten Vorstandsmitglied stehen.

Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zu einer Fraktion im Europaparlament, Deutschen Bundestag, Landtag oder einer politischen Stiftung stehen.

Für Mitglieder von Bezirks- und Kreisvorständen besteht eine Offenlegungs- und Meldepflicht für obengenannte bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Für Mitglieder des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und des Kreisvorstandes besteht eine Offenlegungs- und Meldepflicht für über sie laufende bezahlte Beschäftigungsverhältnisse von Mitgliedern der Partei.

(2) Ein Abgeordneter im Bundestag, Landtag oder im Europaparlament und ein von ihm beschäftigtes Mitglied dürfen nicht gleichzeitig im Vorstand derselben Gliederung sein. Es gilt eine Übergangsfrist bis zu der Neuwahl des entsprechenden Gliederungsvorstands.

8. Gründung Bezirksverband München

Die Kreisverbände München Ost, München Nord, München West/Mitte und Jörg Schäfer haben zum einen beschlossen, einen Satzungsänderungsantrag (**Anlage 1**) mit dem Ziel zu stellen, die Gründung eines Bezirksverbandes München zu ermöglichen. Dazu sind mehrere Modifikationen der Landessatzung erforderlich.

Außerdem haben die Kreisverbände München Ost, München Nord und München West/Mitte beschlossen, diesen Satzungsänderungsantrag darüber hinaus mit dem Ziel zu stellen (**Anlage 2**), zusätzlich dem Kreisverband München Land die Option zu gewähren, einem solchen Bezirksverband München anzugehören.

Es wird die Behandlung beider Satzungsänderungsanträge in dieser Reihenfolge zum Landesparteitag am 22.10.2022 beauftragt und um Aufnahme beider Anträge in das Antragsbuch für den Landesparteitag am 22.10.2022

gebeten.

8a. Antrag zur Änderung der bayerischen Landessatzung

Option auf Gründung eines Bezirksverbandes München bei Zustimmung aller Münchner Kreisverbände

Unterstützer: Kreisverbände München Ost, München West/Mitte, München Nord

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. § 3 Abs. 1 Satz 5 der Landessatzung der AfD Bayern wird wie folgt neu gefasst:

Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich in der Regel auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.

2. § 3 Abs. 1 Satz 5 der Landessatzung der AfD Bayern wird zudem um folgende Sätze ergänzt:

„Für die Landeshauptstadt München besteht nach der bayerischen Landtagswahl 2023 die Möglichkeit, einen Bezirksverband zu haben. Dazu ist ein Antrag mit Zustimmung aller das Gebiet der Stadt München abdeckenden Kreisverbände beim Landesvorstand erforderlich. Die Zustimmung erfolgt durch entsprechende Beschlussfassung durch Mitgliederversammlungen mit einfacher Mehrheit. Bei Vorliegen der erforderlichen Mehrheit für einen Antrag auf Gründung eines Bezirksverbandes lädt der Landesverband zur Mitgliederversammlung des neuen Bezirksverbandes ein. Der Kreisverband München Land und der Bezirksverband München können auf Mitgliederversammlungen beschließen, dass der Kreisverband München Land Teil des Bezirksverbandes München wird.“

3. § 7 Abs. 8 Satz 1 der Landessatzung wird wie folgt neu gefasst:

„Die Aufstellungsversammlung in einem Wahlkreis zur Wahl der Wahlkreisliste für die Landtags- und Bezirkswahl wird von dem Bezirksvorstand, hilfsweise von dem Bezirksvorsitzenden des Bezirksverbandes, dem die meisten Mitglieder im Wahlkreis angehören, im Benehmen mit den übrigen Bezirksvorsitzenden einberufen.“

Begründung:

Der Erfolg der AfD bei Wahlen hängt ganz wesentlich auch von unserem Erfolg in München ab. Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, den Münchener Kreisverbänden ein organisatorisches Dach zu geben. Partei- und Wahlkampfarbeit in der Landeshauptstadt muss aus einem Guss erfolgen. Derzeit ist es außerdem so, dass es Interessenten schwerfällt, in München den richtigen Ansprechpartner zu finden, wenn sie mit der Partei in Kontakt kommen wollen. Die Aufteilung in 4 Kreisverbände ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar. Ein Bezirksverband München würde dieses Defizit ausgleichen. Auch die CSU hat einen Bezirksverband in München. Die symbolische Bedeutung der Landeshauptstadt und die Besonderheiten gebieten es, eine einheitliche Organisationsstruktur zu etablieren. Oberbayern würde davon profitieren! Denn so gäbe es zwei Bezirksverbände, die sich voll und ganz auf Parteiarbeit für das jeweilige Gebiet konzentrieren zu können.

Der Einsatz der Parteimitglieder bei Wahlkämpfen wird zudem für ihre Stadt München größer sein, als nur für ihr gegenwärtiges Wohnquartier. Ein Bezirksverband München könnte diesen Einsatz und auch die Verteilung von Plakaten koordinieren. Die Bezirke erhalten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben 10 % des zur Verteilung dem Landesverband Bayern

zukommenden Finanzaufkommens. Dies würde im Falle eines Bezirksverbandes München mehr Möglichkeiten eröffnen, etwa die Durchführung von Veranstaltungen in unserer Landeshauptstadt.

Die Änderung des § 7 Abs. 8 der Landessatzung ist erforderlich, um Streitigkeiten darüber zu vermeiden, welcher Bezirksverband zur Wahl der Wahlkreisliste für Landtags- und Bezirkswahl einladen kann.

Die Option, den Kreisverband München Land ebenfalls in einen Bezirksverband München einzugliedern ist dem geschuldet, dass die Gebiete, die vom Kreisverband München Land abgedeckt werden, unmittelbar an einen Großteil der Stadt München angrenzen. Viele Bewohner des Landkreises München pendeln regelmäßig zur Stadt München. Das spiegelt sich auch in der Mitglieder-Struktur wider. Wahlkampf und Parteiveranstaltungen können mit einem Bezirksverband München als Dach effizienter organisiert und koordiniert werden, wenngleich die Verantwortung bei den Kreisverbänden verbleibt.

Damit für die anstehenden Landtagswahlen kein Nachteil entsteht, soll die Gründung eines Bezirksverbandes München erst nach diesen erfolgen können. In jedem Fall soll basisdemokratisch auf Mitgliederversammlungen der vier Kreisverbände beschlossen werden, dass ein Bezirksverband München gegründet werden soll.

8b. Antrag zur Änderung der bayerischen Landessatzung

Option auf Gründung eines Bezirksverbandes München bei Zustimmung aller Münchner Kreisverbände

Unterstützer: Kreisverbände München Ost, München West/Mitte, München Nord, Jörg Schäfer (Vorsitzender des Kreisverbandes München Süd)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. § 3 Abs. 1 Satz 5 der Landessatzung der AfD Bayern wird wie folgt neu gefasst:

Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich in der Regel auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.

2. § 3 Abs. 1 Satz 5 der Landessatzung der AfD Bayern wird zudem um folgende Sätze ergänzt:

„Für die Landeshauptstadt München besteht nach der bayerischen Landtagswahl 2023 die Möglichkeit, einen Bezirksverband zu haben. Dazu ist ein Antrag mit Zustimmung aller das Gebiet der Stadt München abdeckenden Kreisverbände beim Landesvorstand erforderlich. Die Zustimmung erfolgt durch entsprechende Beschlussfassung durch Mitgliederversammlungen mit einfacher Mehrheit. Bei Vorliegen der erforderlichen Mehrheit für einen Antrag auf Gründung eines Bezirksverbandes lädt der Landesverband zur Mitgliederversammlung des neuen Bezirksverbandes ein.“

3. § 7 Abs. 8 Satz 1 der Landessatzung wird wie folgt neu gefasst:

„Die Aufstellungsversammlung in einem Wahlkreis zur Wahl der Wahlkreisliste für die Landtags- und Bezirkswahl wird von dem Bezirksvorstand, hilfsweise von dem Bezirksvorsitzenden des Bezirksverbandes, dem die meisten Mitglieder im Wahlkreis angehören, im Benehmen mit den übrigen Bezirksvorsitzenden einberufen.“

Begründung:

Der Erfolg der AfD bei Wahlen hängt ganz wesentlich auch von unserem Erfolg in München ab. Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, den Münchener Kreisverbänden ein organisatorisches Dach zu geben. Partei- und Wahlkampfarbeit in der Landeshauptstadt muss aus einem Guss erfolgen. Derzeit ist es außerdem so, dass es Interessenten schwerfällt, in München den richtigen Ansprechpartner zu finden, wenn sie mit der Partei in Kontakt kommen wollen. Die Aufteilung in 4 Kreisverbände ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar. Ein Bezirksverband München würde dieses Defizit ausgleichen. Auch die CSU hat einen Bezirksverband in München. Die symbolische Bedeutung der Landeshauptstadt und die Besonderheiten gebieten es, eine einheitliche Organisationsstruktur zu etablieren. Oberbayern würde davon profitieren! Denn so gäbe es zwei Bezirksverbände, die sich voll und ganz auf Parteiarbeit für das jeweilige Gebiet konzentrieren zu können.

Der Einsatz der Parteimitglieder bei Wahlkämpfen wird zudem für ihre Stadt München größer sein, als nur für ihr gegenwärtiges Wohnquartier. Ein Bezirksverband München könnte diesen Einsatz und auch die Verteilung von Plakaten koordinieren. Die Bezirke erhalten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben 10 % des zur Verteilung dem Landesverband Bayern zukommenden Finanzaufkommens. Dies würde im Falle eines Bezirksverbandes München

mehr Möglichkeiten eröffnen, etwa die Durchführung von Veranstaltungen in unserer Landeshauptstadt.

Die Änderung des § 7 Abs. 8 der Landessatzung ist erforderlich, um Streitigkeiten darüber zu vermeiden, welcher Bezirksverband zur Wahl der Wahlkreisliste für Landtags- und Bezirkswahl einladen kann.

Damit für die anstehenden Landtagswahlen kein Nachteil entsteht, soll die Gründung eines Bezirksverbandes München erst nach diesen erfolgen können. In jedem Fall soll basisdemokratisch auf Mitgliederversammlungen der vier Kreisverbände beschlossen werden, dass ein Bezirksverband München gegründet werden soll.

TOP 2 . Sonstige Anträge

1. Abgabe von Rechenschaftsberichten in elektronischer Form ermöglichen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Beginnend ab dem Berichtszeitraum 2022 können die Kreisverbände ihre Rechenschaftsberichte auch in elektronischer, statt wie bislang in geforderter gedruckter Form, an die zuständigen Parteigliederungen und Amtsträger übermitteln.

Begründung:

Das Parteiengesetz, speziell § 24 PartG (Rechenschaftsbericht) in Verbindung mit § 29 PartG (Prüfung des Rechenschaftsberichts), sieht nicht vor, dass Rechenschaftsberichte in ausgedruckter Form vorzuhalten sind. Die unter § 29 (2) PartG geregelten Details zur Prüfung sind explizit NICHT an eine bestimmte Form des Rechenschaftsberichts gebunden. Das Bedrucken von Papierstößen ist ressourcen- und kostenintensiv. Im Zeitalter der Digitalisierung erscheint es nicht plausibel, den Rechenschaftsbericht – gemäß aktueller Anforderung – sowohl ausgedruckt als auch elektronisch (Speicherstick) vorhalten zu müssen.

Das Packen und der Versand eines Rechenschaftsberichts im Zip-Format funktioniert und wurde vom Kreisverband München West/Mitte für den Berichtszeitraum 2021 bereits erfolgreich praktiziert. Die Übermittlung erfolgte für den Bericht 2021 am 03.01.2022 – per E-Mail – an den Bezirksschatzmeister und in Kopie zur Information an die Landesgeschäftsstelle.

Antragsteller:

Kreisvorstand München West/Mitte

Kreisvorstand München Süd

2. Antrag zur Änderung der Bayr. Finanz- & Beitragsordnung zum 31.12.2023

Finanzverteilung im Landesverband

Antragsteller: Kreisvorstand Kulmbach

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der § 3 Finanzverteilung im Landesverband Abs. 2 wird mit Stichtag 31.12.2023, wie folgt neu gefasst:

Der Landesverband führt den gemäß FBO der Bundespartei zustehenden Teil der Mitgliedsbeiträge an diese ab: Von dem verbleibenden Beitragsaufkommen stehen

a) den Kreisverbänden 65 v.H.

b) dem Landesverband 35 v.H. zu.

Daraus folgt auch die Neuaufteilung der Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung, in § 3, Abs. 3, Satz 3 wie folgt:

„Dabeistehen den Kreisverbänden 65 v.H. und dem Landesverband 35 v.H. des jeweiligen Zuflusses zu“.

Die nachfolgenden Paragraphen 4 und 5 werden in Folge des Beschlusses um die Begriffe „Bezirks-, Bezirksschatzmeister“ bereinigt. Die bisherige Aufgabe der Bezirksschatzmeister in § 5 Abs. 1 u. 2 geht auf den Landesschatzmeister über. Der Text ist entsprechend zu ändern.

3. Formulare für Neuaufnahmen kürzer halten:

Antragsteller: KV Altötting

Der Landesvorstand beantragt auf dem nächsten Bundesparteitag, dass dem Bundesvorstand auferlegt wird, binnen eines Jahres ein Anmeldeformular zu entwerfen und zu nutzen, welches bei einer minimalen Schriftgröße von 12 ein einziges Din-A-4 Blatt umfasst, auf dem alle erforderlichen Informationen enthalten sind.

Begründung:

Die den Kreisverbänden vorgegebenen Aufnahmeformulare sind in Zahl und Umfang eine Quälerei für die aufnehmenden Kreisverbände.

Die wiederholte Eingabe von z.B. Namen ist evident überflüssig.

Auch ist kein Grund erkennbar, warum der Kreisverband mehr als nur ein einziges Blatt auszufüllen hat.

4. Resolution zum Landesparteitag in Greding

Der Landesparteitag möge nachfolgende Resolution beschließen:

Energiesicherheit statt „Energiewende“ – jetzt!

Der TOP soll nach TOP 8 Grußwort und vor TOP 9 Tätigkeitsbericht aufgerufen werden.

Begründung:

Die Resolution ist selbsterklärend

Resolution zum Landesparteitag in Greding:

Energiesicherheit statt „Energiewende“ – jetzt!

Eine zuverlässige Energieversorgung ist der Pulsschlag einer jeden Industrienation. Keine andere kritische Infrastruktur ist für Wohlstand und Sicherheit unserer Gesellschaft derart entscheidend, wie die bezahlbare Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität. Durch den Krieg in Europa wurden nun die Schwächen der Energiepolitik von Bundes- und Landesregierungen schonungslos offengelegt. Die deutsche Energieversorgung ist infolge der ideologiegetriebenen und verantwortungslosen Politik der Kartellparteien abhängig von den Schwankungen des Wetters, sowie von politisch instabilen Regionen. Dieser Zustand ist für einen modernen Industrie- und Rechtsstaat untragbar.

Die AfD setzt in der Energiepolitik auf **Technologieoffenheit**, um ihre Ziele der **Wirtschaftlichkeit**, **Umweltverträglichkeit** und **Energiesouveränität** im Sinne von **sicherer Verfügbarkeit von bezahlbarer Energie** zu erreichen. Dabei räumen wir der **Wetterunabhängigkeit**, der **Grundlastfähigkeit** und der **Robustheit gegen geopolitische Krisen** einen besonderen Stellenwert für das Energieversorgungssystem Deutschlands ein.

Der Betrieb von **Kernkraftwerken** und die Nutzung von **heimischer Braunkohle** (zumindest übergangsweise) gewährleisten mehr Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland. Dies wird unterstützt durch Sicherstellung der Energieimporte. Dazu bedarf es Verträge mit preisgünstigen und vielfältigen Lieferanten unterschiedlicher Energieträger und den entsprechenden logistischen Infrastrukturen. In der Kombination mit ausreichend hohen Lagerkapazitäten wird Deutschland zukünftig weder so leicht energiepolitisch erpressbar, noch wirtschaftlich angreifbar sein.

Die AfD setzt sich weiterhin für einen massiven Ausbau von Forschung und Entwicklung im Bereich **aller** vorhandenen Energietechnologien (fossil, nuklear, wetterabhängig) und für die Steigerung der Effizienz der Energienutzung ein. Die Schonung der verfügbaren Ressourcen war stets ein konservatives Anliegen, dem sich die Alternative für Deutschland verpflichtet fühlt.

Die AfD möchte deshalb in dieser Situation auf ihre klare Positionierung zur Energieversorgung hinweisen:

1. **Die AfD ist und bleibt die Partei für eine kostengünstige und zuverlässige Energieversorgung. Die massiv gestiegenen Strompreise, sowie die hohen Kosten für die Aufrechterhaltung der Netzstabilität, bei gleichzeitig weltweit steigenden CO2 Emissionen belegen das Scheitern der von den Kartellparteien erzwungenen sogenannten „Energiewende“.**

- 2. Die AfD ist für den Schutz des Energiemarktes vor exzessiven ideologisch motivierten Interventionen und für die Verhinderung ideologiegetriebener Planwirtschaft durch die Energiepolitik.**
- 3. Die AfD fordert in den Medien und im politischen Raum eine offene, ideologiefreie Diskussion über alle energietechnisch relevanten Lösungen. Insbesondere Schulen dürfen nicht für Indoktrination und Falschinformationen missbraucht werden.**
- 4. Für die Abwendung von „Brownouts“ und „Blackouts“ sind grundlastfähige Kraftwerke erforderlich. Die AfD fordert daher den Weiterbetrieb von möglichst vielen der bestehenden Kernkraftwerke, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.**
- 5. Die AfD fordert die Aufhebung des politisch erzwungenen Kohleausstiegs. Braunkohle ist einer der wenigen Rohstoffe, über die Deutschland in nennenswerter Größe verfügt.**
- 6. Zur Abmilderung der sozialen Folgen und zur Sicherung des Industriestandorts fordert die AfD eine dauerhafte und deutliche Reduktion bei den Energiesteuern.**
- 7. Zum Schutz unserer Bürger fordern wir angemessene Abstandsregeln für Windenergieanlagen (WEA). Die sogenannte 10H-Regel hat sich in Bayern bewährt und sollte bundesweit eingeführt werden.**
- 8. Zum Schutz unserer Natur werden keine weiteren Windkraftanlagen in deutschen Wäldern und Schutzgebieten aufgestellt. Wälder sind ein schützenswerter Bestandteil der heimischen Natur und dürfen nicht der Windstromerzeugung geopfert werden.**
- 9. Die AfD fordert eine Forschungsinitiative zu allen relevanten Energiegewinnungs- und Energiespeichertechnologien. Dazu gehört insbesondere die Wiedereinrichtung von Kernforschungszentren und umfangreiche Beteiligung an internationalen Kernforschungsprojekten zur Sicherstellung des notwendigen Wissens zum Betrieb und Bau von Kernreaktoren, zur Erforschung fortschrittlicher Reaktorkonzepte sowie von schnellen Reaktoren und Fusionsenergie.**
- 10. Solange die Forderungen der AfD nicht umgesetzt sind und weiter auf volatile Energien oder instabile Importe gesetzt wird, ist zur Vorbereitung auf einen möglichen großflächigen Stromausfall ein umfassender Krisenplan für das gesamte Bundesgebiet auszuarbeiten.**

Gerd Mannes (10616201), Benjamin Eugler (10665346), Walter Metzinger (10636145), Michael Gleich (10630660), Max Gump (10645452), Ulrich Singer (10613619), Wolfgang Pöschl (10639669), Wolfgang Wiehle (10573868), Gerold Otten (4900), Christina Sprecht (13675), Jaqueline Kretschmer (10597201), Oliver Multusch (10605479), Peter Kapatsch (10651710), Andreas Kohlberger (10607426), Klaus Uwe Junker (9907), Roland Hübscher (10616792), Mario Schulze (10655331),